

HERBERT REUL UND ANGELIKA NIEBLER:

## Trennung von Netz und Erzeugung kein Königsweg Eigentumsrechtliche Entflechtung kein Allheilmittel

Im Industrie- und Energieausschuss des Europäischen Parlaments gibt es derzeit eine knappe Mehrheit gegen eine Alternative zu den Plänen der Kommission, Netz und Erzeugung im Energiebinnenmarkt zu trennen.

Die Abgeordneten stimmten in erster Lesung über das Vorschlagspaket der Kommission zum Energiebinnenmarkt ab. 26 Abgeordnete gegen und 22 für den so genannten „Dritten Weg“ bei drei Enthaltungen.

„Entscheidend für die Verbraucher ist, dass der Wettbewerb funktioniert. Mitgliedstaaten, die geltendes Recht noch nicht umgesetzt haben, verzerren den Wettbewerb und behindern die Umsetzung des Binnenmarktes. Die Kommission hat unsere Unterstützung, wenn sie konsequent Vertragsverletzungsverfahren gegen säumige Mitgliedstaaten einleitet“, so Niebler und Reul.

Die Abgeordneten sprachen sich dafür aus, die so

genannten Komitologiebefugnisse der Kommission zu kapfen.

### Verkauf der Netze bringt keinen Wettbewerb

In den Regelungsausschüssen werden bisher auf Expertenebene Details der Umsetzung europäischer Gesetzgebung festgelegt. „Vermeintlich technische Details entscheiden oft über das Gelingen europäischer Gesetzgebung.“

Das wollen wir auf der politischen Ebene behalten“, so die beiden Parlamentarier der CDU/CSU-Gruppe.

Das Plenum des Parlaments wird sein Votum in erster Lesung voraussichtlich im Juni abgeben.

„Die Entscheidung war knapp. Wir werden weiter für den Dritten Weg werben. Der Verkauf der Netze alleine bringt nicht den Wettbewerb. Zumal die Investitionen und die Versorgungssicherheit leiden können.“, sagten Reul und Niebler.

### Zahlen der Kommission nicht belastbar

„Das Ergebnis ist ein Phyrhussieg. Damit kann man nichts bewegen. Es ist ein Irrglaube, dass sich der Energiebinnenmarkt mit einer eigentumsrechtlichen Entflechtung effizienter gestalten ließe. Bisher gibt es kein positives Beispiel aus der Praxis und die Zahlen der Kommission sind nicht belastbar. Günstigere Preise bekommen wir nicht durch die Trennung von Erzeugung und Netzen“, sagten der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe, Herbert Reul (CDU) und die Ausschussvorsitzende Angelika Niebler (CSU).

### Roland Koch in Brüssel



Roland Koch und Werner Langen

Der Hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) ist mit den CDU/CSU-Europaabgeordneten zu einem Gespräch in Brüssel zusammengekommen. Die Abgeordneten diskutierten mit Koch unter anderem über Vorschläge zu Steuerentlastungen, Schuldenabbau, den Rundfunkstaatsvertrag sowie den Glücksspielstaatsvertrag. Roland Koch befürwortete das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und erklärte, dass die Beziehungen zwischen Hessen und den Institutionen der Europäischen Union in den letzten Jahren erheblich verbessert worden seien.

ANDREAS SCHWAB:

## Anbieter sind verantwortlich für die Glaubwürdigkeit von Internetangeboten bei Fluggesellschaften

Das intransparente Onlineangebot vieler Fluggesellschaften in der Europäischen Union ist auf scharfe Kritik im Europäischen Parlament gestoßen. Der stellvertretende Koordinator der EVP-ED-Fraktion im EP-Binnenmarktausschuss, Andreas Schwab, bezeichnete eine von EU-Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva vorgelegte Untersuchung als alarmierend. „Demnach weisen 50 Prozent der überprüften Webseiten Mängel im Hinblick auf irreführende Preisinformationen sowie unvollständige und falsche Vertragsinformationen auf. Das ist ein erschreckendes Ergebnis“, so Schwab in Brüssel. Zwar habe die Kom-



Andreas Schwab MdEP

mission inzwischen in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden erreichen können, dass bereits jede zweite Webseite korrigiert wurde. Dennoch verstoße jede

dritte Webseite noch immer eindeutig gegen geltendes EU-Verbraucherschutzrecht. Als größtes Problem habe sich dabei neben fehlender Preistransparenz und unfairen oder missverständlichen Vertragsangaben die mangelnde Verfügbarkeit von Sonderangeboten erwiesen.

„Die EU-Kommission muss deshalb den notwendigen Druck aufrechterhalten und die Anbieter noch stärker in die Verantwortung nehmen. Allerdings erweist sich dies insbesondere bei grenzüberschreitenden Korrekturen als sehr schwierig und aufwändig“, erklärte der CDU-Europaabgeordnete. Zudem sollten alle Mitgliedstaaten eine Liste

der Unternehmen veröffentlichen, deren Angebote geprüft werden, so wie dies bereits einige skandinavische Staaten getan hätten.

Schwab forderte zudem, auch andere Angebote im Reise- und Tourismusbereich zu analysieren, denn es bestünden hier ähnliche Probleme wie bei den Flugbuchungen. „Die Kommission will eine neue Untersuchung im Frühjahr 2009 veröffentlichen. Ich kann daher nur an die betroffenen Unternehmen appellieren, von sich aus aktiver zu werden, wenn sie eine sonst mögliche stärkere Regulierung ihrer Angebote vermeiden wollen“, so der EVP-Binnenmarktpolitiker abschließend.

INGO FRIEDRICH:

## Europäisches Parlament fordert mehr Transparenz bei Lobbyisten

Das Europäische Parlament fordert strengere Regeln und mehr Transparenz für Lobbyisten in Brüssel. Eine entsprechende Entscheidung wurde von einer breiten Mehrheit der Europaabgeordneten angenommen. Der zuständige Berichterstatter, der CSU-Europaabgeordnete und Quästor des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, wertete das Ergebnis als „wichtigen Schritt hin zu mehr Transparenz in der europäischen Gesetzgebung“.



Ingo Friedrich MdEP

derem ein gemeinsames Lobbyisten-Register für alle EU-Institutionen einführen. Das Europäische Parlament ist das einzige Organ, das bereits über ein de-facto verpflichtendes Register von Lobbyisten

verfügt. Eine Vereinbarung zwischen Parlament, Kommission und Rat soll einen gemeinsamen Verhaltenskodex und die finanzielle Offenlegung regeln.

Darüber hinaus soll ersichtlich werden, welche Interessenvertreter an der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorhaben beteiligt waren. Eine entsprechende Auflistung („legislative Fußspur“) soll zukünftig den Gesetzgebungsvorschlägen beigelegt werden.

konnte sich die Mehrheit der EVP-ED-Fraktion, wonach die Kirchen aufgrund ihrer Sonderrolle im Lissaboner Vertrag nicht als Lobbyisten gelten. „Damit wird die besondere Stellung der christlichen Kirchen anerkannt“, so Friedrich.

### Expertise von Interessenvertretern notwendig

Nach Schätzungen sind in Brüssel rund 15.000 Interessenvertreter tätig. Friedrich: „Kommission und Europäisches Parlament brauchen die Expertise von Interessenvertretern, doch muss sie transparent, korrekt und fair vonstatten gehen“.

### Lobbyisten-Register für EU-Institutionen

Mit dem Votum will das Europäische Parlament unter an-

### Kirchen behalten Sonderstellung

Umstritten war lange die Frage nach der rechtlichen Stellung der Kirchen. Durchsetzen

DORIS PACK:

## Europäisches Parlament unterstützt Weißbuch der EU-Kommission zum Sport

Das von der EU-Kommission vorgelegte Weißbuch zur zukünftigen Rolle des Sports in der Europäischen Union findet Zustimmung im Europäischen Parlament: „Der vom Europäischen Parlament verabschiedete Bericht zum Weißbuch schafft eine Balance zwischen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Dimension des Sports in Europa. Er berücksichtigt auch die Tatsache, dass dem Sport mit dem Vertrag von Lissabon jetzt eine ausreichende Rechtsgrundlage zuerkannt wird, die bisher gefehlt hatte“, erklärte Doris Pack, EVP-ED-Koordinatorin im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel. Angesichts der Tatsache, dass mehr als 60 Prozent aller Europäer regelmäßig Sport treiben, sei es von herausragender Bedeutung, dass die Besonderheiten des

europäischen Sportmodells für die Zukunft gesichert werden. Dabei müsse dem ehrenamtlichen Charakter des Sports und seinen Strukturen in der Europäischen Union Rechnung getragen werden. „Die Kommerzialisierung des Sports schreitet immer schneller voran. Diese Entwicklung ist auch nicht grundsätzlich abzulehnen, sie darf aber nicht dazu führen, dass der ehrenamtliche Bereich des Sports, der eine herausragende Bedeutung für die Vermittlung von sozialen Regeln und Werten hat, dabei unter die Räder gerät“, so Doris Pack weiter.

Den vollständigen Text finden Sie unter:  
<http://www.cducusu.eu/content/view/4962/32/>

WEITER →

WERNER LANGEN UND ALEXANDER RADWAN:

## Kommissionsempfehlung für einen slowakischen Eurobeitritt setzt gefährlichen Präzedenzfall

Die Empfehlung der EU-Kommission für eine Aufnahme der Slowakei in die Eurozone stößt auf Kritik im Europäischen Parlament. Dies erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen (CDU), und der wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Alexander Radwan (CSU), in Brüssel. Mit ihrer Entscheidung, die Erfüllung des Inflationskriteriums nur im Jahresdurchschnitt zu messen, setze die Kommission einen gefährlichen Präzedenzfall. „Die Inflationsrate der Slowakei ist seit Jahresanfang deutlich über die Dreiprozentmarke gestiegen. Sie liegt nur deshalb unter dem Grenzwert, weil sie im Vorjahr noch relativ niedrig war. Das entspricht aber nicht der Anforderung der Nachhaltigkeit und gaukelt der europäischen Öffentlich-

keit eine finanzpolitische Stabilität vor, die im Falle der Slowakei so nicht gegeben ist“, kritisierten die beiden Unionsabgeordneten.

Langen und Radwan äußerten die Befürchtung, dass die positive Kommissionsempfehlung nicht nur Risiken für die Stabilität des Euro mit sich bringen könnte, sondern in Zukunft auch Ansprüche anderer Beitrittsaspiranten auf politische Rabatte begründet: „Die Kommission ist verpflichtet, ebenso wie die Europäische Zentralbank darüber zu wachen, dass die Stabilitätskriterien eingehalten werden.“

Den vollständigen Text finden Sie unter:  
<http://www.cducusu.eu/content/view/4961/32/>

WEITER →

### ■ Klare Regeln für Lebensmittelzusätze

In Zukunft soll es EU-weit für klare und einheitliche Regeln für Lebensmittelzusatzstoffe geben. Der Gesundheits- und Umweltausschuss des Europaparlaments hat in zweiter Lesung die Novellierung der bestehenden Gesetzgebung angenommen. Darin wird die Verwendung von Aromen, Enzymen und anderen Stoffe, die Lebensmitteln zugesetzt werden, geregelt. Das Zulassungsverfahren wird vereinheitlicht. „Wir bekommen mehr Klarheit und gemeinsame Standards in der europäischen Lebensmittelgesetzgebung“, sagte der Europaabgeordnete **Horst Schnellhardt** (CDU), Lebensmittelexperte der EVP-ED-Fraktion.

Die Zulassung eines Stoffes basiert auf wissenschaftlichen Stellungnahmen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Für die endgültige Zulassung sind nun insgesamt 18 Monate vorgesehen. „Hier hätten wir uns eine kürzere Zeitdauer gewünscht. Fristverlängerungen sind dafür nur in begründeten Ausnahmefällen möglich. Für die Industrie ist nun die Rechts- und Planungssicherheit gewährleistet“, so der CDU-Europaabgeordnete.

### ■ Biomasse verheizen statt aufwändig zu Treibstoff zu verarbeiten

„Der Heizofen ist der effizienteste Verwertungsweg für Biomasse“. Dies erklärte **Albert Deß**, agrarpolitischer Sprecher der CSU-Europagruppe und Vorsitzender des Vereins Nachwachsender Rohstoffe.

Holz und andere nachwachsende Heizmaterialien erzielen ihre höchsten Wirkungsgrade bei der thermischen Verwertung und nicht bei der aufwändigen Verflüssigung zu Treibstoff. Eine weitere sinnvolle Alternative ist die Direkteinspeisung von Biogas in das Erdgasnetz. Auch damit erzielen wir bereits heute eine hohe Effizienz. Entschieden weist Albert Deß den jüngsten Vorschlag der EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel zurück. Demnach sollen zur Erforschung der so genannten 2. Generation Biosprit jährlich rund 90 Millionen Euro überwiegend an Großkonzerne fließen. „Viel zweckmäßiger ist es, die freiwerdenden Gelder aus der Energiepflanzenprämie im Forschungsbereich der umweltfreundlichen Biomasseheizanlagen und zur Effizienzsteigerung von Biogasanlagen zu verwenden“.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →

### Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, E-Mail: [stephan.mock@cducusu.de](mailto:stephan.mock@cducusu.de).